

Dresdner Volkszeitung

Postkontor: Dresden, Aden & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Kontakto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 7.10. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7spaltige Zeile mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinskonzessionen. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 279.

Dresden, Sonnabend den 30. November 1918.

29. Jahrg.

Nationalwahlen am 16. Februar.

Berlin, 29. November. Der Rat der Volksbeauftragten hat beschlossen, die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung am 16. Februar stattfinden zu lassen, vorbehaltlich der am 16. Dezember 1918 zusammentretenden Reichsversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands. Das Reich wird in dem Gebietsumfang vom 1. August 1914, ohne das damit der Entscheidung der Friedensverträge vorzuziehen wird, in 38 Verhältniswahlkreise eingeteilt, in denen nach der Einwohnerzahl je 6 bis 16 Abgeordnete zu wählen sein werden.

Die Nachricht, daß die Regierung sich endlich entschlossen hat, den Termin für die Nationalversammlung festzulegen, wird von der ungeheuren Mehrheit des deutschen Volkes mit großer Freude begrüßt werden. Bedauerlich ist nur, daß der Zusammentritt der Nationalversammlung so lange verzögert wird. Die Dresdner Wahlen zeigen, daß, wenn Rat am Mann ist, auch nach kurzer Vorbereitungszeit Wahlen vorgenommen werden können. Wenn auch das Verfahren, das bei den Wahlen für den A- und B-Rat eingeschlagen wurde, bei Wahlen im ganzen Reich nicht anwendbar wäre, so hätte sich bei guten Willen sicher ein anderes vereinfachtes Verfahren finden lassen, das die Vornahme der Wahlen schon im Januar ermöglicht hätte. Die Reichsregierung will sich noch die Zustimmung des am 16. Dezember tagenden Zentralrats der Arbeiter- und Soldatenräte zur Vornahme der Wahlen einholen. Wir haben das Vertrauen zu der gesunden Einsicht der Arbeiter und Soldaten, daß sie mit großer Mehrheit der Regierungsbereitungen über die Nationalwahlen ihre Zustimmung geben werden.

Kein vernünftiger Mensch wird glauben, daß die ungeheuren Schwierigkeiten, in denen sich Deutschland befindet, mit einem Schläge überwunden werden können, wenn die deutsche Nationalversammlung ihre Tagung beginnt. Aber der Zusammentritt der Nationalversammlung ist eine Vorbedingung dafür, daß das deutsche Volk sich aus dem elenden Zustande, in dem es sich gegenwärtig befindet, wieder erheben kann. Den Wirkungen, die sich gegen eine baldige Einberufung der Nationalversammlung sträuben, die sich zu der abernurde Verharmung verstehen, daß durch die Nationalversammlung der Revolution ein Stützpunkt gegeben werden soll, fehlt jede Spur von Einsicht in die Notwendigkeiten unseres Wirtschaftslebens. Der unabhängige Sozialdemokrat Karl Kautsky hat klar auseinandergesetzt, daß zur Belebung unseres Wirtschaftslebens vor allem die Wiederherstellung des Vertrauens nötig ist. Die Kapitalisten wissen heute, daß sie schwere Opfer bringen müssen. Aber wenn untreue Unternehmer den Mut haben sollten, ihre Betriebe in möglichst großem Umfange wieder aufzunehmen, müssen sie wissen, woran sie sind, was sie haben und was sie nicht haben. Ein Unternehmer, dem plötzlich ein Teil seines Kapitals entzogen würde, ohne daß er sich rechtzeitig darauf einrichten kann, wäre ruiniert, er würde, weil die ordnungsgemäße Fortführung seines Betriebes nicht möglich wäre, nicht nur das verlieren, was er etwa abgeben soll, sondern unter Umständen sein ganzes Kapital. Deswegen muß bald Klarheit über die Höhe der Vermögensabgabe, die ja unvermeidlich ist, geschaffen werden. Und das kann nur geschehen, wenn wir eine Nationalversammlung haben. Ebenso ist es nötig, recht bald endgültig Klarheit über das Schicksal der Kriegsanleihe zu schaffen. Wir halten es für ausgeschlossen, daß jemand, der auch nur eine gelinde Ahnung vom volkswirtschaftlichen Zusammenhänge hat, mit dem Gedanken spielen kann, daß die Kriegsanleihe noch russischen Muster für ungültig erklärt werden solle. Aber solange sichere und gezielte Verhältnisse nicht geschaffen sind, braucht man sich nicht zu wundern, wenn auch über das Schicksal der Kriegsanleihe in der Bevölkerung allerhand Befürchtungen herrschen und dadurch der Unternehmensgeist gelähmt wird.

In engem Zusammenhänge mit der durch die gegenwärtigen Verhältnisse hervorgerufenen Unsicherheit steht auch das Nahrungsmittelproblem. Die Entente hat bekanntlich erklärt, daß Deutschland auf die Nahrungsmittelverteilung nur dann rechnen kann, wenn geordnete Verhältnisse herrschen. Diese Stellungnahme ist nur allzu begründet, und zwar nicht nur deshalb, weil die Ententestaatsmänner nicht wollen, daß Deutschland zu einem gefährlichen Verd der Unruhe werde, sondern auch, daß sie von Deutschland nur dann auf eine Bezahlung der von ihnen Ländern gelieferten Waren rechnen können, wenn in Deutschland das wirtschaftliche Getriebe in Gang kommt.

Auch diejenigen Unabhängigen, die den Termin des Zusammentritts der Nationalversammlung möglichst lange hinausschieben möchten, haben, bisher wenigstens, nicht verlangt, daß mit einem Schläge alle Betriebe verstaatlicht werden. Auch sie rechnen damit, daß vorläufig noch ein großer Teil der Unternehmer keine Tätigkeiten weiterführen muß. Wenn man aber will, daß die Unternehmer weiterarbeiten, so muß man auch Verhältnisse schaffen, unter denen ihnen das möglich ist. Allein mit Befehlen darüber, daß die Unternehmer keine Arbeiter entlassen dürfen, wird das gefährliche

Gefahr der Arbeitslosigkeit nicht gebannt. Das geht vielleicht ein paar Tage, aber nicht Wochen und Monate. Man erreicht mit derartigen Bestimmungen weiter nichts, als daß die kleinen und mittleren Unternehmer gründlich ruiniert werden und ihre Betriebe nie wieder in Gang setzen können. Darüber muß sich jeder klar sein, der auch nur eine Ahnung vom Wirtschaftsleben hat. Die schönsten Reden über die Diktatur des Proletariats und über die richtige Auslegung des Parteiprogramms helfen uns nichts, wenn es uns nicht gelingt, es dahin zu bringen, daß recht bald überall die Schornsteine rauchen und die Räder sich drehen. Wenn wir nicht alles tun, um das Wirtschaftsleben so schnell wie möglich in Gang zu bringen, dann ist die Revolution verloren und der berechnete Willen des Volkes wird diejenigen hinwegfegen, die durch ihre Einsichtslosigkeit die unglückliche Lage des deutschen Volkes noch vergrößert haben. Durch die wohnwichtige Agitation gegen die Nationalversammlung ist schon genug Schaden angerichtet worden. Deswegen begrüßen wir es, daß sich die deutsche Regierung zur Festsetzung des Wahltermins entschlossen hat. Nur der Zusammentritt der Nationalversammlung kann dem deutschen Volke das bringen, was es braucht: Gerechtigkeit und Ordnung, Arbeit, Frieden und Brot.

Eine Kommission zur Prüfung der Schulfrage.

Die deutsche Regierung hat durch Vermittlung der schweizerischen Regierung folgende Note an die englische, französische, belgische, italienische und amerikanische Regierung gerichtet:

Für die Verheißung des Weltfriedens, für die Schaffung dauernder Sicherheit gegen künftige Kriege und für die Wiederherstellung des Vertrauens der Völker untereinander erscheint es dringend geboten, die Vorgänge, die zum Kriegesgeschehen haben, beizulegen, die kriegführenden Staaten und in allen Einzelheiten aufzuklären. Ein vollständig wahrheitsgetreues Bild der Weltlage und der Verhandlungen zwischen den Mächten im Juli 1914 und der Schritte, die die einzelnen Regierungen in dieser Zeit unternommen haben, könnte und würde viel dazu beitragen, die Mauern des Hasses und der Mißdeutung niederzureißen, die während des langen Krieges zwischen den Völkern errichtet worden sind. Eine gerechte Würdigung der Vorgänge bei Freund und Feind ist die Vorbedingung für die künftige Verständigung der Völker, ist die einzige mögliche Grundlage für einen dauernden Frieden und für den Bund der Völker.

Die deutsche Regierung schlägt daher vor, daß eine neutrale Kommission zur Prüfung der Frage der Schuld am Krieg eingesetzt werde, die aus Männern bestehen soll, deren Charakter und politische Erfahrung einen gerechten Urteilspruch gewährleisten. Die Regierungen sämtlicher kriegführenden Mächte müssen sich bereit erklären, einer solchen Kommission ihr gesamtes Urkundenmaterial zur Verfügung zu stellen. Die Kommission soll befugt sein, alle jene Persönlichkeiten zu vernehmen, die zur Zeit des Kriegesausbruches die Geschicke der einzelnen Länder bestimmt haben, sowie alle Zeugen, deren Aussagen für die Beweisführung von Bedeutung sein könnten.

Die Zurückbeförderung des Disheeres.

Dem Vorsitzenden des Volksgenrats Koffenbühr gegenüber erklärte die Delegierten der Diktatorn über die Lage des Disheeres: Die Lage der Ost- und Madenschen-Armee ist keine verzweifelte, sofern die Ordnung in der Heimat aufrechterhalten bleibt. Im Osten erfolgt der Abtransport mit allen Kräften. Die Bahnen sind in vollem Betriebe. Wesentliche Menschenverluste dürften nicht zu erwarten sein. Bandenkämpfe mit der einheimischen Bevölkerung finden nur in geringem Maße statt. Schwieriger ist die Lage der Kiewer-Armee in der Ukraine, deren Abbeförderung auf dem langen Schienenwege längere Zeit in Anspruch nehmen dürfte. Lebensmittel sind dort in genügender Menge vorhanden. Die Madenschen-Armee muß wegen der völlig ungerechten Auslegung der Waffenstillstandsbedingungen durch den Verband in Ungarn interniert werden. Solange Ordnung und Disziplin in der Armee herrschen, wird sie ungestört bis zum nahen Abschluß des Vorfriedens in Ungarn bleiben können. Dann wird sie auch bis auf den letzten Mann in die Heimat bebefördert werden. Die Aufrechterhaltung der Ordnung ist die erste und letzte Bedingung für die glückliche Heimkehr der fast eine Million Kameraden aus dem Osten und Südosten. Die Auflösung der Ordnung in der Heimat bedeutet die Erhebung der Ketten, Finnen, Polen, Russen, Ukrainer und Rumänen gegen die im Osten stehenden deutschen Truppen.

Zeitungsmitteilungen zufolge ist zwischen dem ukrainischen

Verkehrsministerium und der deutschen Verwaltung eine Einigung über die Heimbeförderung der deutschen Truppen aus der Ukraine erzielt worden. Sie wird etwa drei Monate dauern bei täglicher Abfertigung von sechs Zügen in beiden Richtungen. (W. L. B.)

Internierung der Madenschen-Armee.

Budapest, 30. November. Besti Rapso erzählt, daß der Ministerrat beschlossen hat, die Internierung der Madenschen-Armee, die 170 000 Mann zählt, sofort durchzuführen. Die Deutschen haben sich hiermit einverstanden erklärt.

Schärfster Protest gegen den Bolschewismus

Kowno, 28. November. Der Volksgenratsrat des vorläufigen Zentralrats der Ostfront erhebt schärfsten Protest gegen den von der Sozialistengruppe gebildeten Rat der Frontsoldaten. Da dieser von der Front keineswegs anerkannt ist, darf von einer kleinen Anzahl zufällig in Berlin befindlicher Soldaten, deren Berechtigung, sich Frontsoldaten zu nennen, nicht im entferntesten nachgewiesen ist, kein besonderer Rat gebildet werden, der sich annimmt, den Namen eines Frontsoldatenrats zu führen. Es muß mit aller Energie nochmals darauf hingewiesen werden, daß die Ostfront allen Diktatorbestrebungen, woher sie auch kommen mögen, entgegnet, und die von kleinen Gruppen verfaßten gefährlichen Luchtreiben aufs schärfste verurteilt. Großer Soldatenrat Kowno, vorläufiger Zentralrat der Ostfront.

Köln, 29. November. Die Soldatenräte der hier durchziehenden 308. Infanterie-Division faßten nach der Wahl eines Vertreters zur Delegiertenversammlung in Gms hinsichtlich ihrer Stellungnahme zur neuen Regierung folgende Entscheidung: Die Kameraden treten hinter die neue Regierung, wenn diese erstens ehrlich bemüht ist, dem deutschen Volke den endgültigen Frieden zu bringen, der die innere und äußere Entwicklung des neuen Deutschland in freiesinnigem Sinne zu sichern imstande ist; zweitens kraftvoll dafür eintritt, eine militärische Gegenrevolution ebenso wie eine anarchistische Umwälzung zu verhüten.

Frankfurt, 29. November. Der Oberbefehlshaber der Sondereinheit Gallwitz erteilte einen Aufruf, in dem es u. a. heißt: Die Truppen der Sondereinheit Gallwitz haben sich jeder Eingriffe in die Tätigkeit der Verwaltung der Sicherheitsorgane der Heimat enthalten, erwarten andererseits aber, daß die heimatischen Behörden und die Bevölkerung sie nach Kräften unterstützen und alles vermeiden werden, was die Ordnung und Disziplin fördern könnte.

Der Groß-Berliner Arbeiterrat.

Berlin, 29. November. Der Groß-Berliner Arbeiterrat legte heute im Reichsbrotbackhaus seine Betriebsfragenberatung fort. Der Vorsitzende erklärte im Namen des Volksgenrats:

Die Arbeiterräte haben sich zu wenden gegen die Ueberhebung bestimmter Kreise in den Soldatenräten. Was sich gestern in der Soldatenräteversammlung im Reichsbrotbackhaus abgespielt hat, ist unzulässig. Es wurde eingehend beraten, wie die Berliner Kriegsbetriebe umzuformen und die Rohstoffe zu beschaffen sind. Die Beschaffung der Rohstoffe ist sehr schwer. Die Arbeiter mühen sich den Forderungen, die mit Sozialismus nichts zu tun haben, nicht auf die Spitze treiben. Sozialismus ist Solidarität, nicht übertriebener Egoismus. Wir müssen alles aufbieten, um die Rohstoffe des Weltmarktes zu erreichen. Wir müssen aber auch, um importieren zu können, exportieren. Die geistigen Arbeiter, technische und kaufmännische Leiter der Betriebe, sind ebenso notwendig, wie die Handarbeiter. Allgemeine Solidarität ist am Platze. Die Sozialisierung muß planmäßig und organisch erfolgen. Solange die Umformung der Betriebe und die Heranbringung von Rohstoffen noch nicht geregelt ist, müssen von beiden Seiten Zugeständnisse gemacht werden. Die Arbeitszeit wird nicht acht oder sechs, sondern höchstens vier Stunden dauern. Den Lohnausfall tragen die Unternehmer. Eine befriedigende Regelung aller Streitfragen wird in Kürze erfolgen.

Durch mündliche Mitteilung von einem Schreiben der Berliner Gewerkschaftskommission, worin diese sich bereit erklärt, mit dem Volksgenratsrat wieder zusammenzuarbeiten, ein Kontrollrecht des Volksgenrats aber ablehnt, da diese nur den gewerkschaftlichen Instanzen zustehen. Demgegenüber erklärte der Volksgenrat, daß er das Recht der Kontrolle und Befehl aufrechterhalte. Ein Teil der Gewerkschaftsmitglieder sehe wohl hinter den Vorständen, der größere Teil aber habe nur noch Vertrauen zu den neuerschaffenen revolutionären Instanzen. In der Diskussion brachte K e u